

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: 8 96 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

47. Jahrgang / 29

11. Februar 1992

Dr. Klaus Kübler MdB
zur alarmierenden
Schädigung der Ozon-
schicht: Notsituation
zwingt zum offensiven
Handeln.

Seite 1

Renate Schnack zu
den ersten Erfahrun-
gen mit dem Embryo-
nen-Schutzgesetz:
Wachsamkeit gegen-
über Fortpflanzungs-
medizin geboten.

Seite 3

Franz Müntefering MdB
zur aktuellen Diskus-
sion um die Umsetzung
des Berlin/Bonn-Bes-
chlusses: Zwei Ent-
scheidungen, die den
Umzug verzögern.

Seite 4

Rezension

Ingo Arend stellt das
Buch von Dieter Latt-
mann "Die verwerfliche
Alte" vor.

Seite 4

Notsituation zwingt zum offensiven Handeln Zur alarmierenden Schädigung der Ozonschicht

Von Dr. Klaus Kübler MdB
Mitglied der Enquete Kommission "Schutz der Erdatmosphäre" des
Deutschen Bundestages

Noch nie war die schützende Ozonschicht über der Antarktis so dünn wie jetzt. Nach Aussage des Wissenschaftlers McPeters vom Goddard-Raumfahrtzentrum der NASA in Greenbelt/Maryland lagen die Messungen etwa fünf bis zehn Prozent unter dem alten Negativ-Rekord. Die niedrigsten Werte hatten Forscher im Oktober 1987 ermittelt. Nach Angabe von McPeters ist von Mitte August bis Anfang Oktober 1991 das Ozon in den oberen Luftschichten um 35 Prozent zurückgegangen.

Diese Meldungen stammen vom Satelliten Nimbus 7 und zeigen, daß es sich hier um einen neuen Tiefstand handelt. Die Ozonwerte fielen von fast 200 Dobson-Einheiten Mitte August auf unter 121 am 4. und 5. Oktober. Dies ist der bisher niedrigste gemessene Wert. Die Dobson-Einheiten geben die Menge des Ozons in einer Luftsäule an.

Nach einer ebenfalls im Oktober 1991 vorgestellten Studie der UNO schreitet der Abbau der vor ultravioletten Strahlen schützenden Ozonschicht viel schneller voran, als bisher in allen mathematischen Modellen vorausgesehen.

In der in New York vorgestellten UNO-Studie, an der 80 Experten aus aller Welt beteiligt waren, heißt es, die Ozonschicht werde bis zum Jahr 2000 um weitere drei Prozent schrumpfen und die Zahl der Hautkrebserkrankungen um zehn Prozent zunehmen. Im Frühjahr und Sommer 1991 hat sich das Ozonloch erstmals gleichzeitig über der südlichen und der nördlichen Hemisphäre vergrößert. Die Dichte der Ozonschicht hat in den 80er Jahren rascher abgenommen als im Jahrzehnt zuvor. Als Hauptursache dafür gilt die Produktion und die Verwendung von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW).

Diese Entwicklung und Meldungen sind als "dramatisch" zu bezeichnen. Es darf nun keine Zeit mehr verloren werden. Die Bundesregierung ist zu schnellem und massiven nationalen und internationalen Handeln aufgefordert. Jetzt muß die Reduzierung von FCKW und weiteren Stoffen, die zum Abbau der Ozonschicht beitragen, kurzfristig vorangetrieben werden.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kundinnen-Umfrage
mit wertvollen Antworten
Bis zum 31. März



Die Ozonschicht in etwa 20 bis 50 Kilometer Höhe (Stratosphäre) schützt wie ein Schild vor ultravioletem Strahlen, die Hautkrebs beim Menschen auslösen und in der Tierwelt massive Erkrankungen herbeiführen und Pflanzen zu Land und zu Wasser (Plankton) gefährden. Zwar nimmt das Ozon über der ganzen Erdkugel ab, doch ist der Rückgang über der Antarktis mit Zunahme des Sonnenlichtes im September und Oktober besonders stark. Als Ursache des Ozonlochs gelten vor allem Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW), die zum Beispiel als Kühlmittel und Treibgas eingesetzt werden.

Diese riesigen Gefahren und Gefahren für künftige Generationen machen ganz klar deutlich: Die FCKW und die weiteren Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht beitragen, müssen so schnell wie möglich verboten werden, umso mehr, als sie etwa nach 30 bis 35 Jahre nach dem endgültigen Verbot weiterwirken.

Beschlüsse dazu wurden viele gefaßt:

- o Es begann mit dem Montrealer Protokoll vom 16. September 1987, in dem eine Verminderung der Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht beitragen, um 50 Prozent bis 1989 festgelegt wurde. In einer Änderung und Anpassung dieses Protokolls aus dem Jahre 1990 wurde eine stufenweise 100prozentige Reduktion der Stoffe bis zum Jahr 2000 als Ziel gesetzt.
- o Die Enquete-Kommission 'Schutz der Erdatmosphäre' erarbeitete einen Plan, in dem die 100prozentige Reduktion der gefährlichen Stoffe weltweit bis zum Jahr 1997 zu erreichen ist.
- o Die 100prozentige Reduktion der FCKW in der Bundesrepublik legt die FCKW-Halon-Verbots-Verordnung vom 6. Mai 1991 fest. Diese beinhaltet ein Anwendungsverbot ab dem Jahr 1995.
- o Die Verordnung der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 4. März 1991 über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen, sieht eine 100prozentige Reduktion bis Mitte 1997 vor.
- o Ein SPD-Antrag vom September 1989 forderte das Sofortverbot für diese Stoffe überall dort, wo es heute schon Ersatzstoffe gibt. Die endgültige Reduktion um 100 Prozent, also die Beendigung von Ausnahmeregelungen zum Beispiele im medizinischen Bereich, sollte demnach 1995 erreicht sein. Außerdem forderte die sozialdemokratische Bundestagsfraktion die Aufnahme der Kriterien 'ozonschädigend' und 'klimawirksam' in das Chemikaliengesetz, ein Entsorgungskonzept und eine Rücknahmeverpflichtung der Industrie, also Entsorgungs- und Recyclingsvorschriften, eine Chlorbilanz der Atmosphäre und die Einführung der Kennzeichnungspflicht für die gefährlichen Stoffe.
- o Der Deutsche Bundestag debattierte im Rahmen des Ratifizierungsverfahrens im Oktober 1991 über die am 29. Juni beschlossenen Änderungen und die am 29. Juni 1990 beschlossenen Anpassungen zum Montrealer Protokoll von 1987, das inhaltlich durch nationale Regelungen bereits überholt ist.

Aufgrund der neuesten gefährlichen Entwicklungen beim Abbau der schützenden Ozonschicht ist die Bundesregierung nun weiter gefordert.

1. Die Reduktionszeiten müssen im Sinne der Empfehlungen der Enquete-Kommission 'Schutz der Erdatmosphäre' verkürzt werden. Dies muß von der Bundesregierung im Rahmen einer Initiative zur Fortschreibung des Montrealer Protokolls geschehen.
2. Auch bei der Europäischen Gemeinschaft muß die Bundesregierung ihren Einfluß geltend machen und durch entsprechende Initiativen auf noch kurzfristige Verbote hinwirken. Eine Harmonisierung des EG-Umweltrechts in diesem Bereich auf deutschem Standard ist notwendig.
3. Die Frage nach nationalen und internationalen Kontrollinstrumenten muß gestellt werden. Diese Instrumente müssen unverzüglich geschaffen werden.

Korrekturbedürftig ist auch die Haltung der Bundesregierung, mit der FCKW-Halon-Verbots-Verordnung lediglich ein Anwendungsverbot erlassen zu haben, aber kein Produktionsverbot.

Das Freiwilligkeitsprinzip ist hier nicht ausreichend.

Die Haltung der Bundesregierung ist im Bereich des Klimaschutzes trotz wichtiger Bemühungen bislang nicht entschieden genug. Von der Bundesregierung ist die Bereitschaft gefordert, sich in der Umweltpolitik, falls notwendig, und danach sieht es aus, international gegebenenfalls auf Konfliktkurs mit anderen Staaten und national mit der Industrie einzulassen.

Wir haben jetzt eine Notsituation. Deshalb fordert die SPD von der Regierungskoalition eine offensive Politik zum Schutz der Ozonschicht.

(-/11. Februar 1992/rs/ks)

Wachsamkeit gegenüber Fortpflanzungsmedizin geboten
Zu den ersten Erfahrungen mit dem Embryonen-Schutzgesetz

Von Renate Schnack

**Vorsitzende des Arbeitskreises Gen- und Reproduktionstechniken in der schleswig-
holsteinischen SPD**

Mitglied des Landesvorstandes der SPD Schleswig-Holstein

Ein Jahr nach Inkrafttreten des deutschen Embryonen-Schutzgesetzes ist Wachsamkeit geboten. Das Thema Fortpflanzungsmedizin ist zwar in der Öffentlichkeit inzwischen bedeutungslos, da es den Anschein hat, daß es für Medizin und Forschung klare Grenzen zieht und ausreichend Normen geschaffen hat. Es ist jedoch an der Zeit, darauf hinzuweisen, daß das Gesetz weder Rechtssicherheit gibt noch alle zentralen Bereiche der Fortpflanzungsmedizin regelt.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die seit Jahren an diesem Zukunftsthema arbeiten, betrachten das Gesetz als lückenhaft und dringend korrekturbedürftig. Nicht das Gesetz bestimmt die Praxis der künstlichen Befruchtung in Frauenkliniken und Privatambulanzen, sondern es hat lediglich bestehende Realitäten nachvollzogen und legitimiert. Ein Jahr Erfahrung mit diesem Gesetz hat gezeigt, daß unsere Warnungen berechtigt waren.

Vor allem vier Unzulänglichkeiten dokumentieren, wie dringend Nachbesserung erforderlich ist:

- Das Gesetz verbietet nicht, die Eizelle einer Frau mit sogenanntem Spendersamen von Männern zu befruchten, die die soziale Vaterschaft ablehnen und für das Kind als genetischer Vater unauffindbar bleiben.
- Das Gesetz verbietet nicht, Ei- und Samenzellen mißbräuchlich für Forschungen, Veränderungen der Keimbahn und Kreuzungen zwischen tierischen und menschlichen Keimzellen zu verwenden.
- Das Gesetz normiert den Arztvorbehalt für die künstliche Befruchtung, ist aber gerade in diesen wichtigen Passagen extrem undeutlich; erst Gerichtsurteile werden für die Zukunft Klarheit bringen.
- Entgegen anderslautenden Erklärungen verbietet das Gesetz bis heute nicht Eingriffe, in denen eine Verfolgung eugenischer Ziele gesehen werden müssen: Wenn beispielsweise erlaubt ist, Spermien nach dem Geschlecht auszuwählen, um zu verhindern, daß Menschen mit Muskeldystrophie vom Typ Duchene geboren werden, definiert dieses Gesetz diese Menschen damit als unerwünscht und stellt ihr Lebensrecht in Frage.

Auch "ähnliche Erbkrankheiten" könnten in ein derartiges Verfahren einbezogen werden.

(-/11. Februar 1992/rs/ks)

Zwei Entscheidungen, die den Umzug verzögern
Zur aktuellen Diskussion um die Umsetzung des Berlin/Bonn-Beschlusses

Von Franz Müntefering MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion und Sprecher der SPD in der Konzeptkommission des Ältestenrates zur Umsetzung des Bundeslagebeschlusses vom 20. Juni 1991

Nach dem 20. Juni 1991 sind zwei Entscheidungen getroffen worden, die die zeitgerechte Umsetzung des Berlin/Bonn-Beschlusses unmöglich machen. Der Beschluß sieht vor, die Arbeitsfähigkeit in Berlin innerhalb von vier Jahren und die volle Funktionsfähigkeit in zehn bis zwölf Jahren herzustellen. Die beiden fraglichen Entscheidungen sind:

- Der Ältestenrat des Bundestages hat in Abstimmung mit den Fraktionen festgelegt, daß das Reichstagsgebäude in Berlin das Plenargebäude des Deutschen Bundestages sein und für diese Nutzung dauerhaft hergerichtet werden soll. Die Arbeitsfähigkeit und der Umzug des Bundestages setzen damit den Umbau des Reichstagsgebäudes voraus. Nach dem Kolloquium zum Raum- und Funktionsprogramm des Reichstagsgebäudes am 14./15. Februar 1992 wird unverzüglich der Bauwettbewerb ausgeschrieben. Auch bei bestem Bemühen wird aber die Herstellung der Arbeitsfähigkeit nach Umbau deutlich länger als vier Jahre dauern.
- Der Bundeskanzler hat unzweifelhaft klargestellt, daß er erst dann nach Berlin zieht, wenn dort das neue Gebäude des Kanzleramtes in seinem Hauptteil fertig ist. Er geht von einer Planungs- und Bauzeit von insgesamt acht Jahren aus.

Wer heute den Umzugstermin für den Deutschen Bundestag nennen will, muß spekulieren. Noch sind nicht die Voraussetzungen geklärt. Mit diesen beiden genannten Entscheidungen ist jedoch klar: Wenn sie aufrechterhalten bleiben, wird es mit der Arbeitsfähigkeit und dem Umzug deutlich länger als vier Jahre dauern. Noch kann allardings korrigiert werden. Der Umzug würde schneller möglich, wenn der Deutsche Bundestag sich entscheidet, zunächst das Reichstagsgebäude ohne großen Umbau zu nutzen und das Plenargebäude neu zu bauen und wenn der Bundeskanzler auch bereit ist, auch schon früher als in acht Jahren seinen Amtssitz in Berlin zu nehmen, also in vorhandene zu modernisierende Gebäude zu ziehen.

(-/11. Februar 1992/rs/ks)

REZENSION

Die Friedensbewegung ein Friedensmärchen?

Dieter Lattmann: 'Die verwerfliche Ate. Eine Geschichte aus unserer Zeit'. Radius-Verlag, Stuttgart 1991, 190 Seiten, 32 Mark.

Die Ruhe nach dem Sturm. Wie weggeblasen die Tage, an denen sich das Volk selbst in die kleine Hauptstadt am Rhein aufmachte. Die Käseglocke über dem Machtreservat hat sich wieder gesenkt. Manch einer reißt sich heute die Augen und fragt: Woher kam die sanfte Gewalt der Friedensbewegung, vor der sich die Regierenden hinter der Bannmeile verschanzten; die die Republik eine Demonstration lang vom Bonner Hofgarten aus zu regieren schien, im Bann der wiegenden Hymne vom welchen Wasser, das den Stein bricht?

In seinem neuesten Roman 'Die verwerfliche Ate' versucht der Münchener Schriftsteller Dieter Lattmann diese Frage nicht mit der großen Politik zu beantworten. Das individuelle Beispiel der Titelheldin Freia Beck soll den Bewußtseinswandel der schweigenden Mehrheit erhellen, der

die Bewegung erst ermöglichte. Als aus der direkt neben ihrer Villa errichteten militärischen Sperrzone die abstrakte Gefahr Abschreckung in Gestalt einer verunglückten Rakete in ihr Leben dringt, schließt die alte Frau sich den Protesten einer örtlichen Friedensgruppe an, gewährt ihr Unterschlupf. Mit Leben und Denken der Gruppe konfrontiert, befreit sie sich nach dem Tode ihres Mannes aus Zwängen ihrer bisherigen Existenz, beteiligt sich an einer Sitzblockade gegen das amerikanische Militärdepot.

Der gelernte Verlagsbuchhändler Dieter Lattmann, der schließlich freier Schriftsteller wurde und lange Zeit dem damals bundesdeutschen Schriftstellerverband VS vorstand, gelangte 1972 im Gefolge des Brandt-Werbens um intellektuelle als Vorzeige-Literat der Sozialdemokratie in das Bonner Parlament. Als Gegner der um die sozialliberalen Ideale abgehungerten Real- und Raketenpolitik Helmut Schmidts kehrte er 1980 dem Politikerbetrieb der "Lieblosen Republik", so der Titel seiner Parlamentsbilanz, enttäuscht den Rücken. Der Grenzgänger zwischen Politik und Literatur fand seine neue politische Heimat außerparlamentarisch und stand unbeirrt von dem Winden seiner Partei in vorderster Linie der großen Aktionen der Friedensbewegung.

Die größte basisdemokratische Massenmobilisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte hätte Stoff für einen großen Wurf politischer Widerstandsliteratur geboten. Doch bei Lattmanns realistischer, zwar mit Ernst und Einfühlung geschriebenen Erzählung spürt man die absichtsvolle Anlage und ist verstimmt. Schon den positive Identifikation fordernden und unbestimmt biblische Assoziationen weckenden Titel "Die Verwerfliche Alte" liest man mit Reserve, weil er so offensichtlich das nichtverwerfliche Gegenteil meint. In Lattmanns Gegenbild zur etablierten trifft aber die Personen wie ein Bannstrahl seine (durchaus verständliche und nachvollziehbare) Projektion einer alternativen Politik und dem Leser der moralische Zeigefinger. Die Gestalt der Freia Beck muß idealtypisch alle Konflikte dieser Zeit bewältigen. Vielleicht bleibt sie deshalb eine nahezu keimfreie Haldin, der die friedfertige Moral aus allen Poren dringt.

Lattmann will erzählen wie es gewesen ist. Doch durch die Schilderung des Besuchs der Alten auf dem friedensfeierlich durchwalteten Kirchentag, der im Leuchten der Abendsonne den Traum der "einen großen Familie", die "in Gottes Namen in Eintracht auf dieser Erde" leben könnte, schimmert immer auch sein eigenes Ideal konfliktfreier Brüderlichkeit. Den wegen eigener Sympathien für die Raketengegner unsicheren Staatsanwalt vor dem Wingener Amtsgericht, möchte die Alte "wider alle Regel...beinahe ins Herz" schließen. Die junge Kunsthistorikerin Traudl aus der Friedensgruppe, die es mit einer dreimonatigen Haft erwischt, sieht ihren Gefängnisaufenthalt mit "hellen Augen" als "unschätzbare Erfahrung". Die ganze Friedensbewegung mit ihren erbitterten politischen Strategiedebatten, die mehr als den Bonner Hofgarten die politische Kultur der Republik umpflügte ein Feldgottesdienst, eine Bewegung der Wiedertäufer und bekennenden Urchristen? Die Gesetzeskonflikte ein Barmherzigkeitsritual?

Lattmann geraten zutreffende Protestmerkmale, wie die Rolle der Jugend durch zuviele Sympathie zu unhinterfragten Klischees: Der junge Goldschmied, die Tochter der Alten mit der Psychologiepraxis, die Kunstgeschichtsstudentin, der schweigsame, politstrategisch begabte Physikstudent: lauter traurige junge, pazifistische Helden der Umkehr-zum-Leben-Bewegung der Mittelschichten mit einer Überdosis melancholischer Zivilisationskritik auf den Lippen. Nichts von dem viel häßlicheren, konfliktreicheren, verrückteren und politischeren Protest, der die Republik mit der Drohung, sie "unregierbar zu machen" erschütterte.

Glaubwürdig ist die Figur der Freia Beck in den nicht ideallisierten Widersprüchen ihrer privaten Existenz: Die Entfremdung von ihren funktionierenden Managersöhnen in der Firma des verstorbenen Mannes, überflüssigerweise an Rüstungsgeschäften beteiligt. Gegen die überschwenglich gezeichnete Gruppenerfahrung stehen Alter und körperlicher Verfall - Symbole unaufhebbaren Alleinseins und der begrenzten Kräfte des Einzelnen. Erst diese individuelle Erfahrung und die Loslösung von ihrem toten Mann, machen ihren, als Beispiel demokratischer Ermütigung gedachten Widerstand glaubwürdig. Der findet seinen Höhepunkt in der Sitzblockade mit einer eindrucksvollen Schilderung der psychologischen Prozesse während der pazifistischen Regelverletzung und der Verteidigungsrede vor Gericht, wo Lattmann zweifellos eigene Erfahrungen als Sitzblockierer und aus der folgenden Verurteilung "wg. Nötigung" verarbeitet.

Auch wenn Dieter Lattmann einer der geschätzten Meinungsführer der Friedensbewegung gegen die etablierte Raketenpolitik war: Politisch wünschenswertes kann literarisch tödlich enden. Es gibt keinen Grund, die Leistungen der Friedensbewegung zu schmälern. Doch den unkritischen Elogen auf Lattmanns Buch beispielsweise durch den alten Friedenskämpfer Klaus Vack aus dem Odenwald muß widersprochen werden, weil sie die kritische Aufarbeitung der kulturellen Defizite, der Wirkungsmechanismen und Langzeitwirkungen der Friedensbewegung eher verhindert.

Lattmann will die rigide Antilästhetik und mitunter zwanghaft gruppenspezifische Binnenstruktur der Bewegung, als irgendwie unter rätselhaften Umständen, ganz unglücklich und zu Unrecht gescheiterten Vorschein einer besseren Gesellschaft verkaufen. Liegen aber möglicherweise nicht gerade in der kulturellen Enge der Friedensbewegung, der strackweise anzutreffenden alternativen Kleinbürgerlichkeit, die sie manch sinnenfroherem Zeitgenossen oft genug schwer erträglich machte, Gründe für ihr heute oft so ratlos beklagte Agonie?

Auch wenn es um Szenarien aus der Friedensbewegung geht und Lattmann selbst als Person nur hinter Schlüsselereignissen wie der Blockade erahnbar ist: Seine Literatur handelt immer wie von einem der auszog, die Macht zu verlernen. Zwischen den Zeilen liest man von einem, der aus der Politik ausstieg und die "Abkehr von der Teilhabe an der Macht" propagiert. Sein notwendiges Erinnern an die Kraft der Menschen als Quelle politischer Veränderung pervertierter Macht verliert aber durch die idealisierende Überzeichnung, den Illa Weichzeichner und die Nachahmung erheischenden Druckwellen von Moral und Verantwortung entscheidend an literarischer Qualität. Mancher, der die Nestwärme dieser flüchtigen Gemeinschaft vermisst, mag sich darin erinnerungsselig spiegeln. Wohl deswegen hat Klaus Vack zu (gleichwohl sinnvollen) Dichterlesungen mit Lattmann in "der Bewegung", die gar nicht mehr existiert, aufgerufen. Ob die letzten Funken der einst machtvollen Bewegung, die frierenden Mahnwachen vor der jugoslawischen Botschaft im Bonner Machtquartier aber damit wieder zu entfachen sind?

Abkehr von der Macht - diesen Traum konnte natürlich auch die Friedensbewegung trotz ihrer entsprechenden Stilisierung in diesem Roman nicht einkösen. Wohl hat sie für eine zivilisationsverträgliche Form ihrer Ausübung sensibilisiert, die - ein Blick nach Bonn genügt - der Einlösung harrt. Manch einer mag sich durch Lattmanns trotzdem lesenswerten Roman in damals gängigen Vorurteilen wie Vorbehalten der politischen Klasse im Raumschiff Bonn gegenüber dem unangenehmen Drängen der "Straße" im Nachhinein bestätigt fühlen und erhaben dünken. Zu Unrecht. Lattmanns Roman spiegelt im Grunde die Enttäuschung über ein gescheitertes Lernverhältnis zwischen Ästhetik und Demokratie. Denn die idealistische Überhoffnung, die Lattmanns Roman literarisch verhegelt, gründet damals wie heute in immobiler und ignoranter Politik. Die schreibt jetzt mancherlei Erbe der sozialen Bewegungen hurtig auf ihre Fahnen. Aber gerade in diesen Zeiten des Umbruchs sind ihre demokratischen und kulturellen Defizite und ein rituell erstarrter Politikbetrieb der immer nur symbolischen Simulation von Problemlösung unübersehbar. All das böte bereits wieder genügend Konfliktstoff für eine neue Basisbewegung - eine Bewegung für ein anderes Deutschland.

Ingo Arend

(-/11. Februar 1992/rs/fr/ks)
